

5. Deutschland und die Erneuerung Europas: Nicht Lehrmeister oder Bremser, sondern Vermittlungsmacht!

Im Bundestagswahlkampf im Herbst 2017 traten mehrere gezielt proeuropäische Spitzenkandidaten an. Aber es gelang ihnen nicht, der deutschen Wählerschaft zu erklären, inwieweit sich Regierungs- und Oppositionsparteien mit ihren Positionen zur Zukunft Europas unterscheiden. Genauso vergeblich erwarteten die in- und ausländischen Öffentlichkeiten eine deutsche Antwort auf die Vision des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Wie sehen wir Deutschen die Zukunft Europas? Oder haben wir etwa vergessen, dass Deutschland als wirtschaftlichem Motor der EU und politisch einflussreichstem Mitgliedstaat eine besondere Verantwortung für das europäische Projekt zugeschrieben wird? Für demokratischen Wandel gebe es in Europa durchaus Chancen, so Jürgen Habermas bereits 2014. Aber Deutschland stehe noch immer »am Scheideweg zwischen intelligenter Erweiterung des Zukunftshorizonts und erschrockenem Einschrumpfen der Perspektiven auf das eigene Revier«.¹

Dieser Essay zeigt auf, warum der Rückzug ins Nationale – gerade aus deutscher Perspektive – untauglich ist, wenn uns daran liegt, effektivere Antworten auf die existentiellen Krisen zu finden, die den Zusammenhalt Deutschlands und Europas im 21. Jahrhundert bedrohen: die Krisenanfälligkeit des Finanzkapitalismus, die globalen Massen-Migrationsbewegungen infolge

1 | Habermas 2014, S. 524 (Anmerkung 33, Kapitel 3).

von Krieg, Armut und Klimakatastrophen, und der sich im Inneren Europas ausbreitende, geopolitisch befeuerte illiberale System-Antagonismus.

Auf den globalen Problemfeldern, wo ein Rückzug ins Nationale nicht zukunftsfähig ist, muss das unvollendete europäische Einigungsprojekt neu begründet werden. Wie ich oben anhand Dani Rodriks »Globalisierungs-Paradox« argumentiert habe, müssen wir bei der Neubegründung der Europäischen Union dem Demokratie-Problem den zentralen Stellenwert einräumen. Denn tun wir dies nicht, bleiben uns für die Zukunft der EU nur zwei gleichermaßen erschreckende Alternativen, die illiberale Europäisierung vs. die protektionistische Re-Nationalisierung: Erstere würde mittels einer supranational verfassten Staatlichkeit die globale ökonomische Wettbewerbsfähigkeit priorisieren und zu diesem Zweck Europas Einheit in der Vielfalt, seine Identität als Wertegemeinschaft aufgeben, und das heißt, mit Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechten die gemeinsamen europäischen Grundnormen opfern. Oder aber die protektionistische Behauptung demokratischer Werte im nationalstaatlichen Rahmen würde zum Zerfall des europäischen Einigungsprojekts führen, zu neuen Grenzen in einem Europa der politischen Feindbilder, wirtschaftlichen Stagnation und Entsolidarisierung.

Ein Europäischer Konvent bietet die Chance, zu beiden fatalen Fehlentwicklungen Auswege zu erfinden. Eines ist klar: Der in seinem Elan erschöpfte Staaten-Verbund der EU bedarf einer Neugründung, einer Transformation hin zu einer europäischen Bürgerunion. Wir haben aus zehn Jahren Krise viel gelernt, aber wir wissen auch, dass wir noch viel lernen müssen, um unsere Demokratie europäisch zu stärken, damit unsere Gesellschaften nicht an den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zerbrechen. Dazu genügt es nicht, die liberalen Ideale einer vergangenen Epoche wiederzubeleben. Wir müssen die demokratischen Normen auf die immer vielfältigere Gesellschaft, auch die sich abschottenden Bereiche ausweiten.

Mit der Erklärung von Meseberg legten im Juni 2018 die deutsche und die französische Regierung erstmals gemeinsame Vorschläge auf den Tisch. Darin ist vorgesehen, die Idee der Stabilität

um neue Instrumente für eine europäische Solidarität zu ergänzen: einen Eurozonen-Haushalt (»im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich«) sowie eine Europäische Arbeitslosen-Rückversicherung. Der deutsch-französische Kompromissvorschlag ist begrenzt, gibt aber einen vernünftigen Weg vor. Er zeigt, dass beide Regierungen aus den negativen sozialen und politischen Folgen der Eurorettungspolitik gelernt haben. Als Antwort auf die Schuldenkrise hatten die Eurostaaten unter deutscher Führung auf finanzielle Stabilisierung gesetzt. Dabei hatten sie aber die europäische Wirtschaftspolitik und soziale Solidarität vergessen. Inwieweit kann die Idee der europäischen Solidarität über die französische Regierung hinaus einen gesellschaftlichen Rückhalt in Deutschland und in der Eurozone finden? Mit der Veröffentlichung der Reformvorschläge von Meseberg entbrannte in Deutschland die Kontroverse über die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion erneut, und zwar mit unerwarteter Heftigkeit. Es schrillen die Alarmglocken in Teilen der CDU/CSU, in ökonomischen Thinktanks und der Medienöffentlichkeit: Ein Bankeneinlagen-Sicherungsfonds? Ein Eurozonenhaushalt? Europäische Solidarität? Ein europäischer Finanzminister? Der Direktor des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Clemens Fuest, warnt vor einer Transfer-Union, die dem »moral hazard«, der Unverantwortlichkeit staatlicher Akteure, Tür und Tor öffne. Die seit Juni 2018 Italien regierende rechts-links-populistische Koalition unter Innenminister Salvini tut das ihrige, diese Perzeptionen zu erhärten. Die Verfechter einer strikten, regelbasierten Ordnung der Eurozone, welche Risikominderung mit mehr Stöcken als Karotten zu erreichen suchen, setzen sich gegenüber den Anhängern einer gemeinschaftlichen Teilung von Risiken durch. Die kontroversen Fragen der Eurozonen-Reform werden auf dem Ratstreffen im Dezember 2018 mit einer »Gegenreformation« einstweilen abgeschlossen.² Hoffnungen auf die wichtigen, durchgreifenden Reformen werden von vielen auf die nächste Krise verschoben. So ambitionierte wie prominente Reformer halten mit einem Manifest in neun Sprachen dagegen: »Wir,

2 | POLITICO 2019 (Anmerkung 7, Kapitel 2).

europäische Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem Hintergrund und aus unterschiedlichen Ländern, starten heute diesen Appell für eine tiefgreifende Umgestaltung der europäischen Politik und ihrer Institutionen.« Ob dieses »Manifest für die Demokratisierung Europas«, das von einem Vertragsentwurf und einem Haushaltskonzept für die Eurozone begleitet sowie bald in Presse, Wissenschaft und Politik diskutiert wird³, eine realistische Vision – oder Wunschdenken – verkörpert, kann nur die Zukunft zeigen.

Wenige Monate vor dem Vollzug des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU setzt sich die zwei Jahre zuvor nach dem Brexit Referendum einsetzende Dynamik fort. Brexit heißt zunächst Krise, aber nicht zwangsläufig Erneuerung der EU. Das sich selbst verstärkende, proeuropäische Momentum für ambitionierten Wandel rief erhebliche Gegenkräfte und eine zunehmende Polarisierung auf den Plan. In dieser Konstellation sind die EU-Reformen nur in Tappschritten vorangekommen. Immer wieder kam es zum Stillstand, weil Deutschland nicht fähig war, seine strategischen Ziele für die EU der verbleibenden 27 Staaten und seine eigene Rolle darin neu zu bestimmen. Die anhaltenden Schwierigkeiten der Regierungsbildung haben Deutschland daran gehindert, mit der nötigen Entschiedenheit die im Grundgesetz verankerte »Integrationsverantwortung« für Europa zu übernehmen.

In den kleineren und mittleren EU-Mitgliedstaaten haftet Deutschland das Image an, seinen partikularen nationalen Exportinteressen stärker verpflichtet zu sein als dem gemeinschaftlichen Europa. Als mächtigste Wirtschaftsnation der EU scheint Deutschland nicht bereit, für europäische und globale Gemeinschaftsgüter verbindliche Verantwortung zu übernehmen. Dabei liegt es im Interesse künftiger Generationen, den Zusammenhalt der Eurozone zu stärken, die Freizügigkeit in der gesamten EU beizubehalten, die europäische Demokratie zu entwickeln und die Rolle Europas als globale Zivilmacht auszubauen, die in der Lage wäre, auch international über die EU hinaus zu wirken: für

3 | Stéphanie Hennette et al. (Anmerkung 26, Kapitel 3).

die globale Verteidigung der Menschenrechte, für den Klimaschutz und eine Verbesserung der Lebensgrundlagen auf der Südhalkugel.

Aus Brüsseler Perspektive fungiert die Bundesregierung oft weniger als Motor denn als Bremser – etwa beim Projekt der Energie- oder Bankenunion. Deutschland wird eher als regelfixierter Lehr- und Sparmeister denn als politischer Partner oder Motor wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Innovationen für die EU wahrgenommen. Sei es mit Initiativen zu einem »Green New Deal« für die Euro-Krisenländer oder mit einem Paradigmenwechsel hin zum skandinavischen Modell der Messung des Wohlergehens der Gesellschaft, für das die nordeuropäischen Länder ein hohes Maß an Demokratiezufriedenheit ernten. Für sie sind Faktoren wie Bildung, Gerechtigkeit, Gesundheit und eine intakte Umwelt mindestens genauso wichtig wie wirtschaftliches Wachstum.

Im zehnten Jahr nach Ausbruch der internationalen Finanz- und Schuldenkrise in der Eurozone ist es an der Zeit, dass Deutschland die jüngeren und kleineren EU-Partner zusammenbringt, um Optionen für eine Neugründung des europäischen Einigungsprojekts auszuloten. Dann hieße es, gemeinsam mit Frankreich den Europäischen Rat zu überzeugen, die Konventsmethode auf kluge Weise einzusetzen. Die Weichenstellung für ein ordentliches Europäisches Vertragsreformverfahren ist konstitutiv für die Überwindung der bitteren Schwächen der EU. Es wäre fatal, müsste die EU weiterhin außerhalb der Verträge operieren oder die unerlässlichen Vertragsänderungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit aushandeln. Dies würde die Kluft zwischen EU und Bürgerschaft weiter vertiefen.

Europa braucht Deutschland weder als Lehrmeister noch als Bremser, sondern als Motor und Vermittlungsmacht, als eine Instanz, die Gegensätze versöhnt und Einheit stiftet. Denn die Zukunft Europas hängt davon ab, ob Reformen durch das recht enge Nadelöhr des unterschiedlichen europapolitischen Willens ihrer Mitgliedstaaten passen.

Sollte Deutschland aber weiterhin »dösen«, wie *The Economist* bereits 2013 über den deutschen »Hegemon wider Willen«

schrieb⁴, läge der britische Historiker Timothy Garton Ash richtig, dass man auch noch Jahre später in »Deutschland den Ernst der Stunde nicht begriffen hat«. Angesichts der Krise des Westens, des chinesischen autokratischen Entwicklungsmodells als Konkurrenz zur marktwirtschaftlichen Demokratie und der Furcht, dass es fast jederzeit ganz schnell zu Krieg, Gräueln, Massenmord kommen kann, sei diese Sorglosigkeit der Deutschen gefährlich.⁵ Es braucht einen Paradigmenwandel zur bisherigen Politik des »Weiter so«, sonst wird die Handlungsfähigkeit der Staatenunion immer schwächer. Dieses politische Vakuum rechtspopulistischen und extremistischen Kräften zu überlassen, wäre ein Fehler historischen Ausmaßes, in Griechenland, Frankreich, Italien wie in Deutschland. Unsere offene demokratische Gesellschaft steht auf dem Spiel. Wie lange die immer fragileren europäischen Wertegrundlagen dem Druck standhalten werden, ist fraglich. Die derzeitigen und künftigen globalen Herausforderungen werden nicht darauf warten, dass Deutschland und Europa lernen, sich gemeinschaftlich zu behaupten.

Viele Griechen haben nach fast einem Jahrzehnt des härtesten Sparkurses und der umfangreichsten Strukturreformprogramme, welche die OECD-Staatenwelt bislang gesehen hat, existenzielle Probleme, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Die Folge: Immer mehr Häuser werden zwangsversteigert, die Bewohner landen auf der Straße.⁶ Griechenland brauche einen Neuanfang, fordert der Direktor des Brüssler Thinktanks »Bruegel«, Guntram Wolff.⁷

4 | Zanny Minton Beddoes, »Europe's reluctant hegemon«, in: *The Economist* vom 15.06.2013.

5 | Timothy Garton Ash, »Ich habe nicht den Eindruck, dass man in Deutschland den Ernst der Stunde begriffen hat«, in: *Der Spiegel* 29 (2018), S. 29-31.

6 | Rodothea Seralidou, »Griechenland und die Krise (1/5)«, in: *Deutschlandfunk* am 13.08.2018.

7 | Guntram Wolff, »Griechenland braucht einen Neuanfang«, in: *Bruegel* vom 03.07.2018, <http://bruegel.org/2018/07/griechenland-braucht-einen-neuanfang> (zuletzt geprüft am 20.02.2019).

Auch das europäische Projekt braucht Erneuerung. Was ist das einzige, was europäische Bürgerinnen und Bürger nie zusammen tun? Der Inhaber der Pariser Jean-Monnet-Professur Alberto Alemanno hat die Antwort dazu: Wir reisen, heiraten, kaufen auf dem ganzen Kontinent, aber wir machen nie Politik zusammen!⁸ Wir erleben gerade, wie sich dies zu ändern beginnt. Europa ist in den letzten zehn Jahren zu einer Bühne mächtiger Gegenkräfte geworden, die es zu zerreißen drohen. Unser Auftrag ist es nun, Europa zu einen. Wir sollten nicht länger zögern, diese Herkulesaufgabe anzugehen, sonst verpassen wir diese möglicherweise letzte Gelegenheit für ein Rendezvous mit der Zukunft der Europäischen Einigung.

8 | »How to bridge the gap between Europe's streets and Brussels' corridors«, in: Euronews vom 08.06.2018.

Politikwissenschaft



Jennifer Schellh h, Jo Reichertz,
Volker M. Heins, Armin Flender (Hg.)

Gro erz hlungen des Extremen

Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror

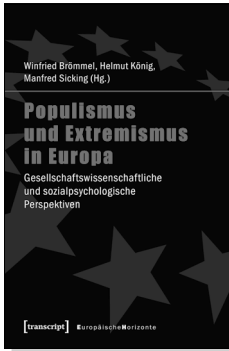
April 2018, 214 S., kart.

24,99   (DE), 978-3-8376-4119-6

E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-4119-0

EPUB: ISBN 978-3-7328-4119-6



Winfried Br mmel, Helmut König, Manfred Sicking (Hg.)

Populismus und Extremismus in Europa

Gesellschaftswissenschaftliche
und sozialpsychologische Perspektiven

2017, 188 S., kart.

19,99   (DE), 978-3-8376-3838-7

E-Book

PDF: 17,99   (DE), ISBN 978-3-8394-3838-1

EPUB: 17,99   (DE), ISBN 978-3-7328-3838-7



Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)

So schaffen wir das -

eine Zivilgesellschaft im Aufbruch

90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten

2017, 344 S., kart.

24,99   (DE), 978-3-8376-3829-5

E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation

PDF: ISBN 978-3-8394-3829-9

EPUB: ISBN 978-3-7328-3829-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Politikwissenschaft



Werner Schiffauer, Anne Eilert, Marlene Rudloff (Hg.)

**So schaffen wir das –
eine Zivilgesellschaft im Aufbruch**
Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit
mit Geflüchteten. Eine Bilanz

Februar 2018, 318 S., kart.

29,99 € (DE), 978-3-8376-3830-1

E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3830-5



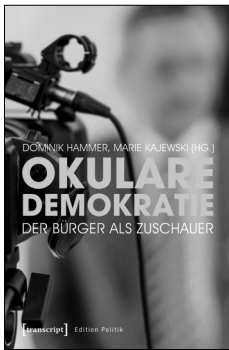
Ines-Jacqueline Werkner

Gerechter Frieden
Das fortwährende Dilemma militärischer Gewalt

Januar 2018, 106 S., kart.

14,99 € (DE), 978-3-8376-4074-8

E-Book: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4074-2



Dominik Hammer, Marie-Christine Kajewski (Hg.)

Okulare Demokratie
Der Bürger als Zuschauer

2017, 198 S., kart.

29,99 € (DE), 978-3-8376-4004-5

E-Book kostenlos erhältlich als Open-Access-Publikation
PDF: ISBN 978-3-8394-4004-9

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

